

## A4 Damit "die da oben" nicht abheben

Antragsteller\*in: Elias Joswich, Tjado Stemmermann

Tagesordnungspunkt: 17. Verschiedene Anträge

### Antragstext

- 1 Parteien und Politiker\*innen spielen eine wichtige Rolle in unser
- 2 parlamentarischen Demokratie. Viele Politiker\*innen leisten eine deutlich-mehr-
- 3 als-40-Stunden-Woche und führen ihr Amt mit hohem Engagement aus. Dafür sollen
- 4 sie auch angemessen entlohnt werden. Gleichzeitig muss die Entschädigung der
- 5 Abgeordneten einen Bezug zur Realität der durchschnittlichen Bevölkerung haben
- 6 und müssen Regelungen für eine hohe Glaubwürdigkeit der Politik geschaffen
- 7 werden.
- 8 Parteispenden
- 9 Deshalb fordert die Grüne Jugend Berlin, dass Parteien wie bisher für ihre
- 10 vielfältigen Ausgaben staatlich gefördert werden sollen. Um die Glaubwürdigkeit
- 11 und den Wettbewerb der Parteien zu verbessern, sollen Unternehmensspenden an
- 12 Parteien verboten werden. Privatspenden sollen in Höhe von 50.000 Euro pro
- 13 Person und Jahr gedeckelt werden.
- 14 Entschädigung der Abgeordneten
- 15 Die Höhe der Abgeordnetendiäten soll zukünftig an das Medianeinkommen gekoppelt
- 16 werden. Konkret sollen Landespolitiker\*innen das doppelte des Medianeinkommen
- 17 des jeweiligen Bundeslandes, Mitglieder des Bundestages das dreifache des
- 18 bundesweiten Medianeinkommens erhalten. So wird der großen Verantwortung und dem
- 19 hohen Arbeitsaufwand Rechnung getragen, aber gleichzeitig ein klarer Bezug zu
- 20 durchschnittlichen Einkommen hergestellt. Steuerfreie Spesen sollen auf ein
- 21 notwendiges Minimum begrenzt und in ein vernünftiges Verhältnis von Transparenz
- 22 und Praktikabilität gebracht werden. Und nicht zuletzt sollen Abgeordnete in die
- 23 gesetzliche Rentenversicherung einzahlen. Bis zur Umsetzung entsprechender
- 24 Reformen fordern wir die Abgeordneten von Bündnis90/ Die Grünen dazu auf, die
- 25 Differenz zwischen der obigen Forderung und der tatsächlichen Diätenhöhe in die
- 26 jeweilige Haushalte zurück zu spenden.
- 27 Entschädigung der Bezirksverordneten
- 28 Auch die Entschädigungen der Bezirksverordneten müssen kritisch betrachtet
- 29 werden. Die Grüne Jugend Berlin fordert, dass die Entschädigung zukünftig nur
- 30 noch 10% (aktuell: 15%) der AGH-Diäten zuzüglich der Sitzungsgelder betragen
- 31 soll. Erhöhte Entschädigung durch herausgehobene Tätigkeiten (Vorsteher\*in,
- 32 Fraktionsvorsitzende) sollen zukünftig maximal das 2-fache der
- 33 Grundentschädigung betragen. Die dadurch frei werdenden Mittel sollen in den
- 34 Bezirken verbleiben.
- 35 Nebeneinkünfte von Abgeordneten
- 36 Die Grüne Jugend Berlin fordert ein grundsätzliches Verbot aller nicht-
- 37 mandatsbedingten Nebeneinkünfte für Abgeordnete. Alle Parlamente auf Landesebene
- 38 oder höher sind Vollzeitparlamente. Ein Nebenjob ist zeitlich nicht umsetzbar,
- 39 wenn das Mandat Ernst genommen wird und erweckt Zweifel an der Integrität.
- 40 Amts- und Mandatstrennung

- 41 Die Grüne Jugend Berlin fordert eine konsequente Trennung von Amt und Mandat.  
42 Abgeordnete dürfen aus kapazitären und demokratietheoretischen Gründen nicht  
43 gleichzeitig Teil der Exekutive und der Legislative sein. Bündnis 90/ Die Grünen  
44 sollte für Mitglieder in Regierungsverantwortung Unterstützungsangebote zur  
45 Wahrnehmung ihrer Parteitätigkeiten bereitstellen.

## Begründung

Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die demokratischen Institutionen ist ein hohes Gut, das durch klare Regeln zur Vermeidung von Interessenkonflikten und zur Sicherstellung der Unabhängigkeit von Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern geschützt werden muss.

Die vorgeschlagenen Maßnahmen zielen darauf ab, die Unabhängigkeit der Politik von wirtschaftlichen Interessen zu stärken, Interessenkonflikte zu minimieren und die Transparenz politischer Entscheidungsprozesse zu erhöhen. Die Kopplung der Abgeordnetenentschädigung an das Medianeinkommen schafft zudem eine direkte Verbindung zwischen der wirtschaftlichen Situation der Bevölkerung und der Vergütung ihrer gewählten Vertreterinnen und Vertreter.

Die Trennung von Amt und Mandat stellt sicher, dass die Kontrollfunktion des Parlaments gegenüber der Regierung gewahrt bleibt und verhindert Rollenkonflikte. Die vorgeschlagenen Regelungen zu Nebentätigkeiten sollen gewährleisten, dass Abgeordnete sich vollständig auf ihr Mandat konzentrieren können und nicht durch externe finanzielle Interessen beeinflusst werden.

Der Antrag soll vor allem als Diskussionsvorschlag dienen. Wir freuen uns über Änderungsanträge!